

15468/AB
vom 19.10.2023 zu 15996/J (XXVII. GP)
Bundesministerium sozialministerium.at
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.617.569

Wien, 13.10.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 15996/J der Abgeordneten Michael Bernhard, Henrike Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen betreffend Umsetzungsstand des OGH-Urteils zur „Wochengeldfalle“** wie folgt:

Fragen 1 und 4:

- *Wie lautet der aktuelle Umsetzungsstand des OGH-Urteils vom August 2022 zur „Wochengeldfalle“?*
- *Welche Schritte hat die Regierung bisher unternommen, um das Urteil umzusetzen und die Diskriminierung betroffener Frauen zu beheben?*

Es werden laufend Gespräche mit den betroffenen Ressorts – dem Arbeits- und dem Familienressort – geführt. In diese Gespräche wurden auch die Krankenversicherungsträger einbezogen. Es wird an Entwürfen für eine gesetzliche Bereinigung der Rechtslage gearbeitet.

Frage 2:

- *Welche konkreten Maßnahmen sind zur Beseitigung der "Wochengeldfalle" im Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz geplant?*

Die konkreten Maßnahmen sind derzeit noch Inhalt von Gesprächen sowohl auf politischer wie auch auf fachlicher Ebene.

Fragen 3 und 5:

- *Warum wurde bislang keine Änderung an der bestehenden Regelung vorgenommen, obwohl sie sowohl dem OGH-Urteil als auch EU – Recht widerspricht?*
- *Welche Hindernisse oder Herausforderungen wurden bei der Umsetzung des Urteils identifiziert?*

Da es sich bei der betroffenen Personengruppe um nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversicherte Personen handelt, ist die Umsetzung eines Wochengeldes, wofür mein Ressort zuständig wäre, innerhalb des Systems der sozialen Sicherheit in Österreich mit Schwierigkeiten behaftet. Durch umfassende Abklärung aller möglichen Alternativen soll eine Lösung gefunden werden, die den Anforderungen des Unionsrechts entspricht, aber auch passend für die österreichische Rechtslage ist. Diese Abklärung nimmt Zeit in Anspruch.

Frage 6:

- *Gibt es einen Zeitplan oder Meilensteine für die geplante Umsetzung der notwendigen Gesetzesänderungen?*

Die gesetzlichen Anpassungen sollen noch dieses Jahr dem Nationalrat zur Behandlung zugeleitet werden.

Frage 7:

- *Welche finanziellen Mittel sind mit der Umsetzung der Gesetzesänderung zu erwarten?*

Aus der Fragestellung geht nicht eindeutig hervor, ob von den finanziellen Aufwendungen gesamt, oder von der Höhe der konkreten Leistung für betroffene Personen die Rede ist. Die Antwort auf beide Fragestellungen hängt allerdings von der konkreten Ausgestaltung der Maßnahme ab, der ich zu diesem Zeitpunkt nicht vorgreifen möchte.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch